

report

Hrsg.: Internationale Gesellschaft für
Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V.

Menschenrechte im Iran

Heft 02|2011



Status Quo der Menschenrechtsslage in der Islamischen Republik Iran

Fast jedes Jahr verabschiedet die UN-Generalversammlung eine Resolution über die schweren Menschenrechtsverletzungen in der Islamischen Republik Iran. Die letzte Resolution der UN-Generalversammlung (No. A/RES/64/176), die am 26. März 2010 verabschiedet wurde, verurteilt die Islamische Republik in vielen Fällen. Unter anderem werden der Regierung ihr Verhalten nach der Präsidentschaftswahl (2009) und die schweren Einschränkungen der Bürgerrechte vorgeworfen.

Der Iran beschneidet die Meinungs- und Pressefreiheit, das Versammlungsrecht, verletzt die persönlichen Freiheitsrechte und verhindert die freie Ausübung der Religion. Im Folgenden werden anhand einiger Beispiele die permanenten Verletzungen der Menschenrechte erläutert:

Politische Gefangene

Das iranische Regime bestreitet von jeher, Oppositionelle zu inhaftieren. Einzig unter Präsident Khatami, 2004, wurde bestätigt, dass es politische Gefangene gab. Heute sind jedoch genaue Zahlen unbekannt, aber Oppositionsgruppen sprechen von mehreren hundert Gefangenen, die wegen ihrer Meinungsäußerung und Kritik am Regime inhaftiert sind. Im August 2006 äußerte sich Human Rights Watch zum Tod des Studentenaktivisten Akbar Mohammadi im Evin Gefängnis und rief die iranische Regierung auf, die verdächtigen Umstände durch unabhängige Untersuchungen prüfen zu lassen. Jedoch bestreitet die Regierung, dass er jemals ein politischer Gefangener war.

Serienmorde

Über 80 Autoren, Übersetzer, Dichter, politische Aktivisten und einfache Bürger sind bisher Opfer der Serienmorde geworden. Sie wurden auf unter-



Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad verletzt fortwährend die Menschenrechte und nutzt zugleich das Forum der Vereinten Nationen für Angriffe auf den Westen und Israel.

schiedlichste Weise getötet: Autounfälle, durch Messerstechereien, Raubüberfälle mit Todesfolgen, Schießereien aber auch Kaliuminjektion um Herzanfälle zu simulieren. Manche glauben, dass eine solche Variation an Tötungsmethoden damit zusammenhängt, dass man mögliche Verbindungen verwischen wolle. Erst 1998, als der bekannte Politiker Dariush Forouar seine Frau sowie drei oppositionelle Autoren innerhalb von zwei Monaten ermordet wurden, wurde eine gewisse „Tötungsstrategie“ bekannt.

Die Journalisten Emadeddin Baghi und Akbar Ganji schrieben investigative Berichte über die Morde. In einer Reihe von Artikeln in der Zeitung Sobh Emrouz, herausgegeben von Saeed Hajjarian, nannte Akbar Ganji die Verbrecher mit Codenamen wie z.B. „Excellency Red Garmented“ oder „Excellencies Gray“ und „Master Key“.

Im Dezember 2000 gab Akbar Ganji bekannt, dass sich hinter dem Namen „Master Key“ der ehemalige Geheimdienstminister Hojjatoleslam Ali Fallahian verbarg. Des Weiteren veröffentlichte er einige Namen von hohen Geistlichen, wie Ayatollah Mohammad Taqi Mesbah-Yazdi, welche bewusst Fatwas erstellt bzw. gutgeheißen oder religiös motivierte Mordbefehle gaben.

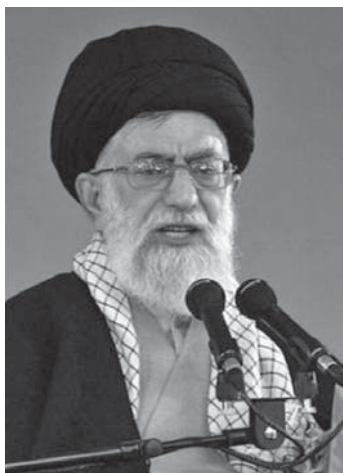
Gewerkschaften der Busfahrer

Nachdem am 22. Dezember 2005 zehn Mitglieder der Teheraner Gewerkschaft der Busfahrer verhaftet wurden, kam es zu einer Reihe von Streiks der Busgesellschaft in Teheran und Umgebung (insbesondere in den Teheraner Bezirken 6, 8 und 10), unterstützt von großen Teilen der Bevölkerung. In Folge derer wurde unter anderem der Gewerkschaftsführer Mansour Osanloo festgenommen. Bei einer Demonstration für seine Freilassung im Januar 2006 kam es zur Niederschlagung der Proteste und zu weiteren Verhaftungen durch Spezialeinheiten der iranischen Polizei. Nachdem er mehr als sieben Monate in Haft verbrachte, wurde Osanloo im Herbst 2006 zeitweise auf Kautions wieder entlassen. Seit dem Sommer 2007 befindet er sich jedoch wieder in Haft.

Situation der Bahá'í

Die Bahá'í werden als Abgefallene vom Islam betrachtet. Im Gegensatz zu den Christen, Juden und Zoroastriern ist es den Bahá'ís untersagt ihre Religion auszuüben. Sie sind konstanter Verfolgung und Unterdrückung ausgesetzt. Bis 2005 waren angehende Studenten gezwungen ihre Religionszugehörigkeit auf den Zulassungsanträgen anzugeben, zur Wahl standen Islam und die drei anerkannten Religionsgemeinschaften.

Nach 2005 wurden sie zwar zum Zulassungsverfahren zugelassen, der Zugang zum Studium wurde ihnen aber dennoch verwehrt. 2008 wurde schließlich ca.



Verhindert den Beitritt des Iran zu internationalen Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen: Revolutionsführer Ali Khamenei.

200 Bahá'í Studenten das Studium an einer öffentlichen Universität gewährt. Im Frühjahr 2008 wurden 7 führende Gemeindemitglieder festgenommen und zu jeweils 10 Jahren Haft im Gohardasht-Gefängnis verurteilt.

Hinrichtungen

Offiziellen Angaben nach, wurden im Januar 2011 insgesamt 85 Hinrichtungen vollzogen. Mindestens drei der Hingerichteten wurden in Verbindung mit den Protesten nach der Präsidentschaftswahl verhaftet. Der Jahresbericht zeigt eine Zunahme der durchgeführten Exekutionen im Vergleich zum Vorjahr.

Der Jahresbericht von Iran Human Rights (IHR) zeigt eine dramatische Zunahme von Hinrichtungen im Jahr 2010. Gemäß IHR wurden allein 2010 mindestens 546 Menschen exekutiert. Somit waren dies wohl die meisten seit den Massenhinrichtungen im Sommer 1988. Statistiken zufolge führt China die Rangliste der meisten Exekutionen an, Iran rangiert auf Platz zwei und übernimmt unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl sogar die deutliche Führung.

Folgen der iranischen Präsidentschaftswahlen

Die schon tot geglaubte Grüne Protestbewegung erwachte am 14. Februar 2011 durch die Oppositionsführer Karroubi und Moussavi zu neuem Leben. Man rief zum Protest gegen das Regime aber auch zur Unterstützung des ägyptischen Volkes auf. Es setzte eine neue Phase der iranischen Freiheitsbewegung ein.

Dem Aufruf folgten sehr viele Menschen und es zeigte sich, dass die Grüne Bewegung noch am Leben war und viel Kraft besaß. Die Regierung kam unter starkem Druck. Die Forderungen wurden allgemeiner. Die heutige Losung auf der Straße ist nicht mehr „Wo ist meine Stimme?“, vielmehr geht es nach all den Monaten des Schweigens um die Ablehnung der Herrschaft Khameneis und Ahmadinedschads.

Der Oppositionsführer Mehdi Karroubi sagte: „Das herrschende System ist nicht islamisch und es ist keine Republik“. Doch aus meiner Perspektive ist es noch viel schlimmer mit einem Regime konfrontiert zu sein, das lügt. Mahmud Ahmadinedschads Herrschaft ist ein Symbol für Lügen und Boshaftigkeit.

Der erste König des Iran, König Cyrus will das wir beten: „Herr des Iran, beschütze den Iran vor Lügen, Feinden und Dürre“. Dieses Zitat zeigt unsere hohen Werte. Da wir jedoch aktuell mit einem verlogenen Regime gestraft sind, werden sie mit Füßen getreten.

Amir Rashidi

Iranische Regierung verbreitet Falschinformationen via Internet

Nachdem immer mehr Informationen in Umlauf geraten, die die Machenschaften der iranischen Regierung aufzeigen, sind nun Berichten zufolge gezielte Falschinformationen verbreitet worden, um die Brutalität und Willkür der Regierung zu verschleiern.

Am 14. Februar 2011 wurde der 26-jährige Kurde Saneh Jaleh bei einer Demonstration von Regierungskräften erschossen. Er studierte Theater an der Kunsthochschule Teheran und war zu dem Protest für Solidarisierung mit den Menschen in Tunesien und Ägypten gegangen. Mit Slogans wie „Tunesien, Ägypten, Iran“ und „Mubarak, Ben Ali und jetzt Seyed Ali (Ayatollah Khamenei)“ gingen sie das erste Mal seit den Wahlunruhen 2009 wieder auf die Straße.



Der falsche Saneh Jaleh (oben) und der echte Saneh Jaleh (unten) im Vergleich. Es sind deutliche Unterschiede auszumachen.

Was für seine Freunde offensichtlich ist, nämlich dass er wegen der Teilnahme an einer friedlichen Demonstration erschossen wurde, wird von der Regierung nun komplett verdreht. Es wurden Statements veröffentlicht, in denen die Regierung angibt, Saneh Jaleh sei Mitglied der berüchtigten Basij-Miliz gewesen und sei bei der Demonstration von Oppositionellen erschossen worden. Es wurden sogar Fotos gefälscht und ins Internet gestellt, die dies belegen sollen. Familienmitglieder und Freunde setzen nun alles daran dieses verfälschte Bild wieder richtig zu stellen, um das Andenken an Saneh Jaleh so zu bewahren, wie es wirklich war.

Wie es scheint hat die Regierung vor gut neun Monaten eine Abteilung gegründet, die ausschließlich dafür zuständig ist die Medienwelt mit der Produktion und Verbreitung von falschen Informationen und Videoclips zu manipulieren. Diese Abteilung operiert mit einem Etat von etwa 100 Billionen Tuman (umgerechnet etwa 100 Millionen US-Dollar) und wird von einem engen Vertrauten des iranischen Führers geleitet. Eine weitere Aufgabe ist es, mit ihren speziellen Netzwerken, die „Ma“ (Wir), „Shoma“ (Ihr) und „Paydari“ (Widerstand) heißen, gezielt Internetseiten wie Facebook, Twitter und YouTube zu durchsuchen. Das Paydari Netzwerk wird speziell dafür eingesetzt Fake-Accounts zu erstellen, um so User dieser Seiten mit Bildern und Informationen zu manipulieren.

Die anderen beiden Netzwerke, Ma und Schoma, veröffentlichen gezielt Videoclips und Bilder auf YouTube mit dem Ziel diese Plattform zu „säubern“. Diese Abteilungen arbeiten unter dem Deckmantel der staatlichen Telekommunikation, weshalb die Cyberpolizei Internetseiten aufspüren und diese gegebenenfalls, wenn sie regimekritisch sind, schließen kann.

Diese staatlichen Hacker, die bisher unbekannt sind, haben auch am 14. Februar 2011 die pro-demokratische Internetseite Balatarin gehackt, nur um zu zeigen dass sie dazu fähig sind. Sie waren es auch, die die Falschinformationen über das Opfer Saneh Jaleh in Umlauf gebracht haben. Sie verbreiten gefälschte Videoclips, Fotos von der Tochter des Oppositionspolitikers Mir Hossein Mousavi, bauschen die von der Regierung ange-setzte Demonstration am 11. Februar auf und werteten gleichzeitig die Demonstration, an der auch Saneh Jaleh teilgenommen hat, ab.

Iranische Blogger und die Internetzensur

Zu Beginn möchte ich an einen besonderen Blogger erinnern, Hossein Ronaghi Maleki. Er ist seit 15 Monaten im Gefängnis und wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt. Obwohl er seit Monaten an einer Nierenkrankheit leidet, lassen ihn die iranischen Behörden nicht einmal für die medizinische Behandlung frei.

Damit wären wir bei der Frage, warum hat das iranische Regime so viel Angst vor den Bloggern und vor dem Internet?

Die Welle der persischen Blogs begann im September 2001, als Hossein Derakhshan in seinem Blog eine Anleitung auf Persisch veröffentlichte und darin erklärte, wie man einen Blog einrichtet (Er ist übrigens seit über zwei Jahren in Haft und wurde zu 19 1/2 Jahren Haft verurteilt.).

Die Blogosphäre gehört zu den am meisten wachsenden Internetbereichen im Iran. Innerhalb weniger Jahren wurde Persisch zu einer der meist verwendeten Sprachen der Blogosphäre. Einschätzungen gehen von 70.000 bis 110.000 persischen Blogs aus.

Die wichtigste Kraft hinter dieser Entwicklung ist sicherlich die junge gebildete iranische Generation, die sich nach Freiheit sehnt und die wissbegierig ist. Die iranische Blogosphäre ist nicht nur sehr vielfältig, sondern auch sehr schnell und aktuell.

Die Themen reichen von Umwelt- und Tierschutz bis zu Literatur und Kunst. Blogs bieten besonders Frauen einen Raum ihre Themen auszusprechen und sogar mit bestimmten Tabus der Gesellschaft zu brechen. Es



Iranische Frauen und Mädchen erkunden das Internet.



Unsere Autorin Parisa Najafi Tonekaboni bei der Jahreshauptversammlung der IGFM in Bonn, 2011.

Quelle: IGFM

gibt viele feministische Blogs, die auf die Diskriminierungen im Gesetz und in der Gesellschaft aufmerksam machen. Aber auch die Frauenbewegung im Iran hat schon seit Jahren das Medium Blog für sich entdeckt. Und natürlich, politische Themen sind hoch im Kurs, denn Blogs sind eine wichtige Informationsquelle.

Ein Blog ist ein Medium, das den Dialog fördert. Menschen mit unterschiedlichsten Ansichten treffen dort auf einander, sprechen und diskutieren miteinander. Ich habe oft Diskussionen über Menschenrechte, Todesstrafe, Frauenrechte und vieles mehr miterlebt. Das Internet macht es möglich, dass Regimeanhänger und Regimekritiker miteinander sprechen. Das ist etwas, das in der iranischen Gesellschaft und Politik sonst kaum passiert.

Die Zensurpolitik des iranischen Regimes treibt die Menschen dazu, sich nach alternativen Medien umzuschauen. Wir sprechen von einem Land, in dem Fernsehen und Rundfunk staatlich sind und nur Propaganda verbreiten. Zeitungen können innerhalb eines Tag einfach geschlossen werden. Das bedeutet hunderte von Menschen - nicht nur Journalisten, sondern auch technische Mitarbeiter - werden plötzlich arbeitslos. Daher ist die Selbstzensur in der iranischen Presse und unter den Journalisten weit verbreitet.



Viele der iranischen Blogger sind gut ausgebildete Frauen.

In einer solchen Situation bieten Blogs große Möglichkeiten. Viele Journalisten haben vor Jahren damit begonnen ihre Texte und Artikel, die sie nicht in der Presse veröffentlichen konnten, in ihre persönlichen Blogs zu setzen.

Blogs bieten auch Aktivisten im Ausland eine neue Informationsquelle über das Leben im Iran und die Themen, die die Menschen dort bewegen. Sie stellen eine Verbindung zwischen den Aktivisten im Inland und der Opposition im Ausland her.

Das iranische Regime hat schon vor Jahren mit der Internetzensur begonnen, in dem bestimmte Seiten gesperrt wurden. Die Internetzensur hat allerdings in letzter Zeit eine neue Qualität bekommen und die Unterdrückung der Internetaktivisten hat stark zugenommen. Das iranische Regime hat mit der Cyberarmee, eine Abteilung der Revolutionsgarden, und mit der Internetpolizei staatliche Institutionen gegründet, die systematisch die freie Meinungsäußerung beschneiden, Blogger und andere Internetaktivisten kriminalisieren und bedrohen.

Mindestens 11 Blogger sind zurzeit im Iran in Haft. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ geht sogar von einer höheren Zahl aus. Besonders nach der Präsidentschaftswahl 2009 und den darauf folgenden Protesten hat das Regime mehr denn je die Bedeutung des Internets begriffen und darauf reagiert. Viele Blogs und Webseiten wurden blockiert oder gar gelöscht. Der gesamte Internetzugang im Lande wurde mehr-

mals abgeschaltet, Host- und Domainanbieter wurden verhaftet. Bloggebern wurde befohlen kritische Blogs zu sperren oder zu löschen.

Vertreter des Regimes sprechen mittlerweile offen darüber, dass die Cyberarmee die Aufgabe hat, kritische Webseiten - die sie feindliche Webseiten nennen - anzugreifen. Das bedeutet Sicherheitslücken auszunutzen, um Inhalte zu zerstören, also das „Hacken“ der Webseiten. Außerdem gibt es neue Richtlinien für Internet-Cafés. Die Besitzer sind unter anderem verpflichtet ihre Internet-Cafés mit Überwachungskameras auszustatten und die Daten jedes Kunden aufzunehmen und für 6 Monate zu speichern.

Trotz aller Bemühungen des Regimes machen die iranischen Blogger weiter. Die meisten lassen sich davon nicht beeindruckt, dass ihre Seiten blockiert werden. Denn viele Internetnutzer verwenden Proxys und umgehen damit die Blockaden. Blogger veröffentlichen manchmal sogar die Besucherstatistik ihres Blogs, um der Regierung zu zeigen, dass die Maßnahmen wenig Wirkung haben. Wenn ihre Blogs gelöscht werden, fangen sie mit einem neuen Blog an.

Die Inhalte im Internet werden sich nie vollständig reglementieren lassen, weder im Iran, noch anderswo, aber es ist ein harter Kampf, den die Internetaktivisten im Iran kämpfen. Wir sollten sie dabei unterstützen.

Parisa Najafi Tonekaboni

EIHB: Wirtschaftsbeziehungen müssen stärker auf Menschenrechten basieren

Noch immer ist in Hamburg die Europäisch-iranische Handelsbank AG (EIHB), welche 1971 als Deutsch-Iranische Handelsbank AG gegründet wurde, ansässig. Nach Erkenntnissen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte ist sie eine der wichtigsten monetären Stützen des iranischen Regimes.

Dieser für die Ahmadinedschad-Regierung wichtige, global agierende Akteur ist eine deutsche Bank mit ausschließlich iranischen Eigentümern. Sie wird von vier Anteilseignern finanziert. Die iranische Bank Bank of Industry and Mining hält 52 Prozent; die verbleibenden 48 Prozent verteilen sich auf die Banken Mellat, Tejarat und Refah – alle drei befinden sich im Staatsbesitz.

Die Mellat- und die Refah-Bank finden sich zudem auf der EU-Sanktionsliste wieder und werden von hohen iranischen Funktionären geführt, deren Namen man ebenfalls auf dieser Sanktionsliste wiederfindet. Über die EIHB wurden und werden auch die für das iranische Nuklearprogramm notwendigen finanziellen Transaktionen abgewickelt. Der



Aufsehen erregte der Handschlag des nach Teheran gereisten deutschen Außenministers Dr. Guido Westerwelle mit dem iranischen Präsidenten Ahmadinedschad im Februar 2011.

IGFM liegen Informationen vor, aus welchen hervorgeht, dass die Bank Mellat seit 2003 Transaktionen in Höhe von Hunderten Millionen Dollar für iranische Nuklear-, Raketen- und Rüstungsindustrien ermöglicht hat. An vielen dieser Geschäfte war die EIHB direkt beteiligt.

Die Bank Mellat ist mit 26 Prozent an der EIHB beteiligt und steht auf der EU-Sanktionsliste. Nach Meinung der IGFM müsste dies für die Bundesregierung schon Grund genug sein, aktiv zu handeln und den Handlungsspielraum der Bank massiv einzuschränken bzw. selbige zu sanktionieren. Die Aussagen und Handlungen der Bundesregierung gehen jedoch noch immer nicht weit genug. IGFM-Sprecher Lessenthin fragt: „Die Bundesregierung sieht sich den Menschenrechten verpflichtet – aber gilt dies auch für die Praxis der EIHB?“.

Solange eine Vielzahl von deutschen Unternehmen mit der Islamischen Republik Iran Handel treiben, eine iranische Bank auf deutschem Boden und auch die deutsche Bundesbank einen solchen unterstützen, kann die IGFM bei der Bundesregierung „keine praktische Umsetzung des Willens“ erkennen.

Deutsche Wirtschaft stark im Iran-Geschäft

Gemäß der IGFM vorliegende Quellen ziehen sich Großunternehmen wie z.B. Siemens und ThyssenKrupp schrittweise aus dem Handel mit dem Iran zurück. Jedoch engagieren sich mittelständische Unternehmen verstärkt. Viele Unternehmen handeln im „freien“, d.h. nicht sanktionierten Bereich. Dennoch gilt zu bedenken, dass z.B. Baukräne in der Islamischen Republik Iran oft für öffentliche Hinrichtungen genutzt werden.

Nach Aussage IGFM-naher Bürgerrechtler, ist es nahezu unmöglich, im Iran Geschäfte abzuwickeln, ohne dabei in Verbindung mit den gefürchteten Pasdaran, zu treten, welche auf der US-Terrorliste und auf der EU-Sanktionsliste stehen. Die Revolutionswächter gelten als größte Unternehmer des Landes mit Einfluss in nahezu jedem Bereich, jedoch maßgeblich im Energiesektor.

Viele namhafte deutsche Unternehmen engagieren sich im Iran. Unter anderem sind dies Babcock Borsig Service GmbH, Deutz AG, Festo AF & Co (mit Farsi Webportal www.festo.ir), KSB AG,



**EIHB – Handlanger
des Regimes
Ahmadine-
dschads,
Quelle: EIHB**

Lenze AG mit eigenem Farsi Webportal (www.lenze.ir), MultiMetall Reiner Schulze e.K. (mit Farsi Webportal), Schaeffler KG, SWF Krantechnik GmbH, ZF Friedrichshafen und viele mehr.

Auf der Teheraner Messe „Iran Oil Show 2011“ in April 2011 präsentierten sich namhafte Vertreter der deutschen Industrie. Unter anderem nahmen daran Pfeiffer Chemie-Armaturenbau GmbH, Leusch GmbH, Leoni - Kerpen GmbH, Erndtebrücker Eisenwerk GmbH & Co. KG oder auch LESER GmbH & Co. KG teil. Für Geschäfte mit der Islamischen Republik Iran wird die EIHB genutzt – sie ist für die deutsche Wirtschaft ein wichtiger Partner, da ansonsten die Finanzströme massiv eingeschränkt werden und höchst kompliziert sind.

Wirtschaftsinteressen vor Menschenrechten?

Es gibt eine Vielzahl an Sanktionen gegenüber der Islamischen Republik Iran. So sind z.B. der internationale Zahlungsverkehr und der Währungsaustausch massiv eingeschränkt. Doch Deutschland unterstützte diese Bank bisher.

Iranische Oppositionelle aus dem Umfeld der IGFM betonen immer wieder, dass es gerade nach der gefälschten Wahl Ahmadinedschads im Juni 2009 und den darauffolgenden, brutal niedergeschlagenen, Protesten, welche heute wieder stark aufblühen, zu massiven Menschenrechtsverletzungen kam und noch heute kommt. Nach Einschätzung der IGFM muss Deutschland endlich eine klare Position für die Menschenrechte beziehen - im Notfall auch gegen seine wirtschaftlichen Interessen. Ob mit wirtschaftlichen Interessen allein die Weigerung der Bundesregierung zu begründen ist, kann nur vermutet werden. Die Aussage verschiedener Wirtschaftsvertreter, deutschen Firmen drohe nun

ein Verlust in dreistelliger Millionenhöhe aufgrund der anstehenden Sanktionierung, könnte so ausgelegt werden.

Einlenken der Bundesregierung

US-Präsident Barack Obama rief im August 2010 bei der deutschen Bundeskanzlerin an – um auf die Verbindungen der Bank in das iranische Terrorsystem hinzuweisen und Maßnahmen durch die Bundesregierung zu erwirken. Frau Merkel lehnte dies ab. Amerikanische, israelische und britische Diplomaten wurden in Berlin vorstellig. Der internationale Druck nahm zu. Die IGFM beteiligte sich daran: Sie verwies in diversen Pressemitteilungen und Pressekonferenzen auf die Verbindungen der Bank und der deutschen Wirtschaft zu den massiven Menschenrechtsverletzungen in der Islamischen Republik Iran.

Die ARD sendete am 18.04.2011 einen Beitrag im Report München. Die großen deutschen Zeitungen widmeten sich ausführlich dem Thema. Insbesondere die geplante Abwicklung des „Iran-Indien-Ideals“ im Frühjahr 2011 mit Hilfe der Bundesbank und der EIHB stieß auf starkes öffentliches Interesse – und noch größere Ablehnung. Dann kam die Rückmeldung aus Berlin, dass sich die Bundesregierung einer Sanktionierung und Listung durch die EU nicht mehr widersetzen werde. Ein Teilerfolg war errungen. Welche Gründe schlussendlich ausschlaggebend waren, kann nicht überprüft werden. Man geht jedoch davon aus, dass der internationale und nationale Druck auf die Kanzlerin zu groß wurde.

Die IGFM fordert zukünftig eine eindeutige Haltung der Regierung

Die IGFM fordert von der Bundesregierung zukünftig freiwillig, verlässlich und nachhaltig eine eindeutige Haltung zum Schutz der Menschenrechte einzunehmen. Außerdem fordert sie die Unternehmer auf, sich ihrer moralischen Verantwortung dem iranischen Volk gegenüber bewusst zu werden und die Handelsbeziehungen auf einen internen Prüfstand zu stellen.

Nur „durch aktive Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren kann dem Terrorregime, in Deutschland durch die Europäisch-Iranische Handelsbank vertreten, ein Ende bereitet werden!“, so der Vorstandssprecher Martin Lessenthin. Er fügt hinzu: „Und nur so kann Deutschland seine Stellung als „kompromissloser Verteidiger der Menschenrechte“ wieder einnehmen“.

Daniel Holler

Der Iran verzichtet auf das Wirtschaftswachstum der Frauen

Interview mit dem iranischen Frauenrechtler Amir Rashidi

Amir Rashidi ist ein Aktivist der iranischen Frauenrechts- und Demokratiebewegung. Er ist ein aktives Mitglied der „Eine-Million-Unterschriften-Kampagne für die Änderung diskriminierender Gesetze“. Schwerpunkt seiner Arbeit ist vor allem Gleichheit vor dem Gesetz, Säkularismus und Demokratie. Außerdem ist er Herausgeber und Mitgründer der „Free My Family Campaign“, die sich für politische Gefangene im Iran und ihre Angehörigen einsetzt.

Während des Präsidentschaftswahlkampfes im Jahr 2009 gehörte er zu den Organisatoren der „Freie Bürger“ Kampagne, die als erste forderte, dass die Verschleierung freiwillig sein solle - und nicht wie in der Islamischen Republik gesetzlich vorgeschrieben. Nach den Wahlen wurde er verhaftet und war anschließend gezwungen, aus dem Iran zu fliehen.

Herr Rashidi, Sie - ein Mann - sind ein Mitglied der Kampagne „Eine-Million-Unterschriften für Frauenrechte“. Was waren Ihre Motivationsgründe?

Ich hatte mich bereits lange vor der Kampagne mit Religion und dem Islam beschäftigt. Durch

Weblogs habe ich die Kampagne kennengelernt und von ihrer Website erfahren. Da ich der Meinung bin, dass wir, ob männlich oder weiblich, zu allererst Menschen sind und die Forderung der Frauen nach Gleichberechtigung als ihr Recht betrachte, trat ich der Kampagne bei. Zu Beginn arbeitete ich im Männerausschuss der Kampagne mit, mit der Zeit bin ich aber auch anderen Ausschüssen wie dem Bildungs- und dem Kunstausschuss beigetreten. Ich war auch an den Unterschriftensammelaktionen beteiligt, die etwa wöchentlich stattfanden.

Unsere Arbeit betrifft nicht nur Frauen. Die Tatsache, dass Frauen nicht die Gleichbehandlung genießen, setzt auch Männer unter Druck. Zum Beispiel muss der Mann im Iran die gesamten Haushaltskosten tragen. Falls ihm das nicht gelingt, steht der Frau das Recht zu, Klage zu erheben. Allerdings führen diese Klagen im Iran aufgrund des patriarchalischen Rechtssystems überwiegend zu Nichts. Aber ich fragte mich immer, warum der Mann die gesamte Last der Haushaltskosten auf seinen Schultern tragen muss. Die Antwort ist einfach. Wir lassen unbewusst das wirtschaftliche Wachstum der Frauen nicht zu, da wir Angst haben, dass sie unserer nicht



Amir Rashidi (Mitte) und Aktivistinnen bei einer Aktion der iranischen Frauenrechtsbewegung. Foto: IGFM

mehr bedürfen, wenn sie wirtschaftlich unabhängig werden. Vielleicht ist das einer der Gründe. Jedenfalls führt das dazu, dass auch Männer sehr unter Druck stehen.

Denken Sie, man kann heute noch im Iran für Menschenrechte im Iran aktiv sein?

Ja. Wir hatten vor den Wahlen, als es weniger Repressionen gab, viele Menschenrechtsaktivisten und Menschenrechtsorganisationen im Iran. Leider sind nach den Wahlen fast alle Menschenrechtsaktivisten im Iran verhaftet worden und entsprechende Engagements sind sehr schwierig geworden, dennoch gehen sie weiter. Ich denke, dass man neben dem Aufbau von Druck auf die Regierung auch die Bewusstseinsbildung vorantreiben soll. Wir brauchen eine Änderung der Alltagskultur - die Menschenrechte müssen ein Teil unserer Kultur werden. Zum Beispiel gibt es viele, selbst innerhalb der Intellektuellen und Gebildeten, die mit der Todesstrafe im Iran einverstanden sind oder nicht bereit sind, die Gleichberechtigung der Frauen zu akzeptieren. Eine Art dieser Bewusstseinsbildung ist das, was wir in der Kampagne taten und tun, das heißt persönliche Gespräche zu führen und Workshops zu organisieren.

Wie sieht die Arbeit der Frauenrechtsbewegung heutzutage im Iran aus?

Die Frauenrechtsaktivisten im Iran sind noch heute aktiv. Sie organisieren Workshops, aber es ist jetzt viel schwieriger als früher. Der Druck der Regierung ist sehr gestiegen, so dass sogar Anwälte inhaftiert werden. Es ist schwierig und schleppend geworden, aber die Arbeit ist nicht zum Stillstand gekommen. Ich denke, diese Bewegung wird nicht gestoppt werden, solange es nur mindestens einen einzigen Menschen gibt, der an die Gleichheit glaubt. Es werden immer noch Workshops veranstaltet und aus verschiedenen Anlässen wie z.B. dem 8. März - dem internationalen Frauentag - Broschüren über Geschlechtergleichheit und sexuelle Aufklärung von den Aktivisten erstellt und verbreitet.

Warum sollten aber heute Menschen das Risiko auf sich nehmen und im Iran selbst Menschenrechte einfordern?

Das Leben selbst ist ein Risiko, selbst wenn man nur eine Straße überquert. Manchmal sind Risiken einfach nicht vermeidbar. Manche Sachen sind es wert, dass man dafür Risiken auf sich nimmt. Meiner Meinung nach ist zum Beispiel die Freiheit wert, dass man Risiken trägt, um sie zu erreichen. Die Freiheit ist es wert, dass man dafür ins Gefängnis geht oder das Land verlässt



Amir Rashidi bei einer Pressekonferenz der IGFM in Bonn, 2011.
Quelle: IGFM

Sie sind für Ihren Einsatz für Frauen- und Menschenrechte im Evin-Gefängnis gewesen. Können Sie uns etwas von Ihren Erlebnissen schildern?

Wir waren auf dem Weg um einige Angehörige und Familien der Inhaftierten zu besuchen, als wir auf der Straße festgenommen wurden - das war noch vor der Wahl im Juni 2009. Schon zu Beginn wurde das Verhalten der Sicherheitskräfte sehr aggressiv und beleidigend. Auf dem Revier wurden wir beschimpft und gedemütigt und sogar angegriffen. Einige von uns wurden geschlagen. Spät nachts hat man uns ins Evin-Gefängnis gebracht. Die Quarantäne-Abteilung des Gefängnisses war sehr schmutzig und die Sanitäreinrichtungen waren wirklich sehr unhygienisch. Auch die Verpflegung war schlecht. Einmal täglich durften wir an die frische Luft.

Nach zwei Tagen wurden wir ins Gezelhesar-Gefängnis nach Karaj verlegt. Dort war es sauber, aber man behandelte uns teilweise schlechter als im Evin-Gefängnis. Zum Beispiel kann ich mich erinnern, dass eines Morgens ein junger Häftling, der einen Travellerscheck von einem anderen Häftling gestohlen hatte, vor den Augen anderer Häftlinge misshandelt wurde. Gefängnispersonal in Zivil hatte seine Hände auf seinem Rücken an den Gefängniszaun gebunden und trat in seinen Brustkorb. Jeder, der sich beschweren wollte, wurde



Verschleierte Radfahrerinnen gehören zum alltäglichen Straßenbild.

hart angegangen. Das geschah im allgemeinen Teil des Gefängnisses. Man kann sich nur schwer vorstellen, was in Sicherheitsabteilungen wie der Abteilung 209 des Evin-Gefängnisses oder der „Dou-Alef-Abteilung“, die unter der Kontrolle der Revolutionswächter ist, mit den Häftlingen passiert.

Meine Freunde und ich versuchten im Gefängnis, die Häftlinge über Bürgerrechte und die Rechte eines Verdächtigten aufzuklären. Denn die meisten Insassen hatten keinerlei Kenntnisse über ihre Rechte und wurden sehr ungerecht behandelt. In manchen Fällen waren die Gefangenen völlig resigniert und meinten, sie würden ohnehin wie Dreck behandelt, egal ob sie nun Rechte hätten oder nicht. Bei manchen Häftlingen stießen wir aber auf offene Ohren und echtes Interesse. Einige Häftlinge haben dann gewagt, gegenüber Beamten ihre Rechte einzufordern und darauf bestanden, dass das Gesetz respektiert würde. Bei manchen Beamten hat das auch tatsächlich funktioniert!

Was würden Sie Iranern empfehlen, die für Menschenrechte aktiv werden möchten?

Das ist eine wirklich schwierige Frage. Vor dem Hintergrund meiner eigenen Erfahrungen sage ich, dass die Menschenrechtsaktivisten den Glauben an Menschenrechte in sich stärken sollten. Wenn man jeden danach fragen würde, ob er die Menschenrechte wolle, würde vielleicht jeder mit „Ja“ antworten, aber im Alltag Handlungen begehen, die gegen die Menschenrechte gerichtet sind. Ich kenne selbst jemanden, der die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte immer mit sich trägt und sich des öfteren darauf bezieht, aber eigentlich stehen einige seiner Ansichten im Gegensatz zu den Frauenrechten!

Seit ich mit Menschen wie ihm zusammengearbeitet habe, ist mir selbst erst die volle Bedeutung der Menschenrechte klar geworden. Ich denke, dass wir Iraner uns in einem Lernprozess befinden. Wir sind an der Schwelle zur Demokratie und deshalb auch in einem Lernprozess. Meiner Meinung nach ist dies das Wichtigste.

Die iranische Regierung filtert oder sperrt viele farsisprachige Webseiten im Iran. Im Januar 2010

hat auch noch eine neue Cyber-Polizei ihren Dienst aufgenommen. Sie selbst sind Informatiker - aber haben „normale“ Iraner überhaupt die Möglichkeit auf Zugang zu Informationen, die nicht von der Regierung gelenkt sind?

So eine Polizei zu haben, muss an sich nichts Schlechtes sein. Das Problem liegt aber darin, dass wir kein Vertrauen in die Polizei und Justiz haben können. Die Handlungen der Polizei und Justiz haben uns gezeigt, dass sie nicht die Sicherheit der Bevölkerung schützen, sondern allein für die Sicherheit der Regierung arbeiten. Dabei ist die offizielle Philosophie des Sicherheitsapparats die Errichtung eines sicheren Landes für die Einwohner - aber Polizei und Justiz geben nur der Regierung Sicherheit und nicht der Bevölkerung.

Ein Beispiel: Wenn der Informationsminister der Regierung bekannt gibt, dass die Mailboxen der Regierungsgegner gehackt werden und der Zugang der Bevölkerung auf Websites eingeschränkt wird, bedeutet das doch, dass die Menschen selbst in ihrer Privatsphäre keine Sicherheit genießen!

Wir können der Polizei und den Sicherheitskräften nicht vertrauen. Das betrifft nicht nur das Internet. Vor einiger Zeit griff ein Mann einen anderen Mann mit einem Messer am Kag-Platz in Teheran an und erstach ihn. Von diesem Geschehnis wurde ein Video im Internet veröffentlicht, auf dem Polizei zu sehen ist. Die Polizisten aber unternahmen nichts, um den Mörder zu stellen. Sie griffen stattdessen die Menschen an, die sich darüber beschwert haben, schlugen sie und überfuhren sogar einige mit ihren Autos. Niemals kann man so einer Polizei vertrauen.

Denken Sie, dass es im Iran ein Bewusstsein dafür gibt, was Menschenrechte eigentlich sind? Falls ja, denken Sie, dass sich das in den vergangenen Jahren geändert hat?

Die Situation hat sich in den vergangenen Jahren verbessert, aber ich gehe davon aus, dass es noch viele gibt, die nichts darüber wissen. Ich kann Ihnen sogar Leute zeigen, die die allgemeine Erklärung immer bei sich tragen und daraus zitieren, aber wenn man sie nach ihrer Meinung über Polygamie fragt, antworten sie, dass sie damit einverstanden sind!

Das ist sehr schmerzlich und zeigt, dass wir mehr Aufklärungsarbeit brauchen. Eigentlich muss die Zivilgesellschaft im Iran aktiver als zuvor werden. Das ist in der jetzigen Situation sehr schwierig, aber ich denke, dass dieser Grad der Aufklärung und des Bewusstseins, das unter den Menschen im Iran

erreicht wurde, allein durch die Arbeit der Aktivisten der Zivilgesellschaft zustande gekommen ist. Es ist aber sehr notwendig, dass mehr dazu gearbeitet wird.

Sie waren wegen Ihrer Menschenrechtsarbeit vielfach Repressionen und Drohungen ausgesetzt, Sie waren im Gefängnis und mussten Ihre Heimat verlassen. Würden Sie trotzdem wieder so handeln?

Ohne jeden Zweifel hätte ich meine Aktivitäten weitergeführt genauso wie ich es heute auch tue. Wenn ich allerdings die heutige Erfahrung gehabt hätte, wäre das viel besser gewesen. Meine Sichtweise auf viele Dinge hat sich heute geändert und verbessert. Wenn ich in der Vergangenheit diese Erfahrung gehabt hätte, hätte ich viel besser handeln können.

Vor allem die Erfahrung, im Ausland zu leben, neue Kulturen, andere Sichtweisen kennenzulernen, z.B. von Nichtregierungsorganisationen über Menschenrechte und den Iran aber auch die Erfahrung einer wirklich harten Zeit haben eine große Wirkung auf mich gehabt. Ebenso der Kontakt mit vielen, die von meinem Namen oder den Namen anderer Menschenrechtsaktivisten Gebrauch machten, um an ihre Ziele zu gelangen aber uns schließlich vergaßen.

Zu diesen Erfahrungen gehört auch, was für Menschenrechtsprobleme es in anderen Ländern gibt und wie die Lebenssituation der Frauen dort ist. Es war z.B. sehr überraschend für mich als ein Frauenrechtsaktivist in Italien mir eine Zeitschrift mit dem Titel „Second Hand“ zeigte, in der auch für Prostituierte geworben wurde. Problematisch war für mich nicht so sehr die Werbung, sondern dass sie als „Second Hand“ bezeichnet wurden. Was für eine verachtenswerte Zeitschrift in der Frauen als Ware angeboten werden!

Wenn eine Regierung tatsächlich den Willen hätte, Reformen durchzuführen - was wären Ihrer Meinung nach die notwendigsten Maßnahmen?

Ich denke, man müsste die iranische Verfassung ändern und sie nach den Maßstäben von Menschenrechten und Demokratie neu schreiben. Das ist der wichtigste Aspekt. Die Zivilgesellschaft müsste aktiver werden können und Freiheiten müssten gewährleistet werden, wie die Pressefreiheit und alle anderen Freiheitsrechte. Meiner Meinung nach sind dies die wichtigsten Veränderungen, welche vollzogen werden müssen.

Die Fragen stellte Max Klingberg

Dr. Ahmad Zeidabadi

Schauprozess gegen Unesco Preisträger

Am 7. April 2011 wurde der inhaftierte iranische Journalist Ahmad Zeidabadi mit dem diesjährigen Guillermo-Cano-Preises der UNESCO für Pressefreiheit ausgezeichnet. Ahmad Zeidabadi wird als eine der wichtigsten Personen in der iranischen Reformbewegung angesehen.

Er ist ein im Iran berühmter Journalist, Akademiker, Schriftsteller, politischer Analyst und Generalsekretär des „Office for Strengthening Unity“ (OSU) und der Gewinner der „Goldenen Feder der Freiheit“ 2010 des Weltverbandes der Zeitungen und Nachrichtenmedien (WAN-IFRA). Ahmad Zeidabadi wurde mehrere Male wegen seiner journalistischen Arbeit verhaftet. Im Juni 2009, kurz nach den Präsidentschaftswahlen, wurde er erneut verhaftet und im Dezember 2009 zu sechs Jahren Haft verurteilt.

Ahmad Zeidabadi wurde 1965 in Zeidabad in der Provinz Kerman geboren. Er ist mit Mahdiah Mohammadi Gorgani verheiratet und hat zwei Kinder. 2010 hat Ahmad Zeidabadi die WAN-IFRA-Auszeichnung „Goldene Feder der Freiheit“ erhalten. Anlass dafür war ein offener Brief, den er im selben Jahr aus dem Gefängnis schrieb, um gegen die Behandlung der inhaftierten Journalisten durch



Dr. Ahmad Zeidabadi vor seiner Verhaftung.

die Justiz zu protestieren. Darin warf er den Richtern vor, „gegen die Kriterien und Regeln des Korans zu sein und zu verstoßen“.

Arbeit als Journalist und Schriftsteller

Ahmad Zeidabadi begann seine professionelle Arbeit als Journalist im Jahr 1989 für die Zeitung Ettela'at. Beiträge von ihm, dem früheren Chefredakteur der Zeitung „Azad“, sind in der Teheraner Tageszeitung „Hamshahari“, beim BBC Persian Service und auf der persisch-englischen Nachrichten-Website „Rooz“ erschienen. In seinen Artikeln hat er immer ethnische und religiöse Minderheitenrechte verteidigt, ohne dabei Personen anzugreifen oder Kompromisse im Kampf für Minderheitenrechte zu machen. Sein Mut und seine Integrität wird von vielen seiner Kollegen bewundert, auch wenn diese in vielen Positionen nicht seiner Meinung sind.

Er ist Mitglied des iranischen Journalistenverbandes und gewählter Präsident der Iranian Alumni Association, einer der größten Studentenorganisationen im Iran. Zeidabadi hat einen Dokortitel der Universität Teheran in „Internationale Beziehungen“. Darüber hinaus ist er Hochschullehrer für Politologie und hat an zahlreichen akademischen Einrichtungen gelehrt, u.a. im Fachbereich Iranistik am Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Cambridge, USA.

Verhaftung und Prozess

2000 wurde Zeidabadi verhaftet und wegen Aufstachelung der öffentlichen Meinung und Handlung gegen die nationale Sicherheit zu 13 Jahren Haft verurteilt. Im März 2001 wurde er gegen Kaution (vorläufig) freigelassen. Im Jahr 2003 wurde Zeidabadi wieder verhaftet. Dieses Mal wurde er zu 23 Monaten Gefängnis verurteilt und für fünf Jahre von der Teilhabe an „allen öffentlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten, einschließlich des Journalismus“ ausgeschlossen. 2004 wurde er aus der Haft entlassen. Vor den Präsidentschaftswahlen am 12. Juni 2009 arbeitete er als Wahlkampf helfer für den Oppositionspolitiker Karroubi und wurde kurz nach Bekanntwerden der mit großer Wahrscheinlichkeit gefälschten Wahlergebnisse am 21. Juni 2009 erneut verhaftet und ins Gefängnis gebracht.

Eine Woche nach Verhandlungsbeginn trat Zeidabadi aus Protest gegen seine Festnahme in Hungerstreik



Zeidabadi während des Schauprozesses im August 2009.

und kam, nachdem man ihn bewusstlos in seiner Zelle aufgefunden hatte, 17 Tage lang in ein Krankenhaus. Berichten zufolge konnten ihn Ärzte davon überzeugen, seinen Hungerstreik zu beenden. Bis zum 8. August 2009, als er an einem im staatlichen Fernsehen übertragenen Schauprozess teilnehmen musste, wurde er in Isolationshaft gehalten. Während seiner Haft musste er zahlreiche Verhöre über sich ergehen lassen, in denen er psychisch und körperlich gefoltert wurde. Trotzdem konnten seine Vernehmer von ihm kein Geständnis erzwingen.

Haftbedingungen

Seine Frau Mahdih Mohammadi Gorgani berichtete nach einem ihrer seltenen Besuche im Gefängnis, dass Ahmad am Rande des Selbstmords stand. Sie durfte ihn das erste Mal am 17. August 2009 besuchen. Sie berichtete von seinem extrem schlechten körperlichen und psychischen Zustand. Er musste die erste Zeit in einer sargähnlichen, 1,5 m langen, Zelle zubringen und danach 35 Tage Einzelhaft über sich ergehen lassen.

Das nächste Mal traf ihn seine Frau Mitte September 2009. Er erzählte ihr, dass er während eines Verhörs verprügelt wurde. In einem Interview am 23. September 2009 berichtete sie, was der Vernehmer ihrem Mann sagte: „Wir haben den Befehl, dich fertig zu machen, wenn du nicht mit uns kooperierst, können wir alles mit dir machen, was wir möchten. Wenn du den Vernehmungsbericht nicht unterzeichnen wirst, werden wir dich dazu zwingen, ihn zu essen.“

Am 23. November 2009 wurde er zu einer sechsjährigen Haftstrafe verurteilt. Außerdem erhielt er ein lebenslanges Verbot für soziale und politische Aktivitäten. Dies bedeutet letztlich, dass Zeidabadi im Iran nie wieder schreiben darf. Darüber hinaus wurde er dazu verurteilt, die ersten fünf Jahre nach seiner Haftentlassung in der Verbannung in der nordostiranischen Stadt Gonabad zu verbringen. Er war zunächst im Teheraner Evin-Gefängnis inhaftiert, wurde aber am 1. Februar 2010 in die nahe Teheran gelegene Großstadt Karadsch verlegt.

Ahmad Zeidabadi ist im Rajae Shahr Gefängnis nicht mit anderen politischen Gefangenen zusammen, sondern sitzt mit gewöhnlichen Kriminellen, Dieben und Mördern in den Zellen. Die hygienischen Bedingungen in diesem Gefängnis sind nicht menschenwürdig. Vor allem die Wasserqualität ist inakzeptabel und die Gefahr sich mit AIDS zu infizieren sehr hoch. In iranischen Gefängnissen ist ein großer Anteil der Insassen HIV-positiv.

Verfolgung kritischer Journalisten

Mit Zeidabadi sind in Folge der umstrittenen Präsidentschaftswahl 2009 mehr als 40 weitere Journalisten angeklagt worden. Auch wurden rund 100 bedeutende Anhänger der Reformbewegung des Landes vor Gericht gestellt und angeklagt mit einer „sanften Revolution“ den Umsturz der klerikalen Theokratie geplant zu haben. Mindestens 26 weitere Journalisten werden nach wie vor gefangengehalten, einige von ihnen müssen sich auf Haftstrafen zwischen fünf und neun Jahren einstellen.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Internationale Gesellschaft für
Menschenrechte -
Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Borsigallee 9
D-60388 Frankfurt a.M.

Tel: 069-420 108 0
Fax: 069-420 108 33
Email: info@igfm.de
Internet: www.igfm.de



Redaktion:

Martin Lessenthin (Leitung), Max Klinberg,
Dr. Petra Upphoff, Elena Gerken, Anne-Katrin Hochstrat,
Sonia Küpeliyan, Ulrike Lessenthin (Satz und Layout),
Parisa Najafi Tonekaboni, Amir Rashidi, Daniel Holler.

Der Nachdruck der hier veröffentlichten Texte, auch auszugsweise, ist unter der Bedingung gestattet, dass unsere Publikation als Quelle genannt wird. Wir bitten um die Übersendung von zwei Belegexemplaren. Mit Namen gezeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen.

Links für Iran-Interessierte:

www.hriran.org	Aktuelle Menschenrechts-Informationen in englischer Sprache.
www.mehriran.de	Aktuelle und grundsätzliche Infos über Sufis in deutscher Sprache.
www.boell.de	Unter „weltweit“ der monatliche Iran Report in deutscher Sprache.
www.gozaar.org	Forum zu Menschenrechten und Demokratie im Iran in englischer und persischer Sprache.
http://www.forequality.info/english	Von Frauen initiierte Kampagne für Gleichberechtigung im Iran, in deutscher, englischer, französischer, italienischer, spanischer und persischer Sprache.
http://iranianminorityshumanright.blogspot.com/	Detaillierte Informationen in englischer Sprache zu (verfolgten) Minderheiten im Iran.
http://englishtogerman.wordpress.com	Übersetzung diverser fremdsprachiger Quellen zu aktuellen Ereignissen im Iran

Weitere Informationen

- Ja, ich möchte die IGFM näher kennen lernen. Bitte schicken Sie mir weitere Informationen zu.
- Bitte schicken Sie mir regelmäßig den kostenlosen Informations-Brief "Für die Menschenrechte".
- Ja, ich möchte die Zeitschrift "menschenrechte" abonnieren, für 13,30 Euro pro Jahr oder im Förderabonnement für Euro _____ bestellen. Die erste Ausgabe erhalte ich kostenlos zur Probe. Ich kann das Abonnement jederzeit kündigen.
- Ich möchte die Arbeit der IGFM finanziell unterstützen

Ich möchte Mitglied werden als:

- Einzelmitglied (50 Euro/ Jahr; ermäßigt für Schüler, Studenten, Wehrpflichtige und Auszubildene: 20 Euro/ Jahr, kostenlos bis 18 Jahre)
- Familienmitglied (75 Euro/ Jahr) mit ____ Personen
- förderndes Mitglied mit einem Jahresbeitrag von 60 Euro oder ____ Euro

Mit der Satzung und den Zielen der IGFM bin ich einverstanden und beantrage hiermit die Aufnahme. Zugleich erkläre ich, dass ich die freiheitliche Grundordnung anerkenne und keiner extremistischen Vereinigung angehöre

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Tel: _____ Fax: _____

Email: _____

Beruf: _____ Geburtsdatum: _____

Unterschrift: _____

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V. Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main meine Jahresspende in Höhe von _____ Euro durch Lastschrift

Girokonto Nr: _____ bei _____ BLZ _____ einzuziehen.

Die erste Abbuchung soll ab _____ erfolgen.
Diese Ermächtigung kann von mir jederzeit widerrufen werden.

Bitte füllen Sie den Coupon aus und senden Sie ihn in einem Briefumschlag oder per Fax an die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) Borsigallee 9, 60388 Frankfurt am Main oder per Fax an: 069 / 420108-33



www.igfm.de

